Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 3.50 Mark, vierteljährlich 6.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im am ich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf. und Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 90 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 23. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 87. Halle, Sonnabend, den 21. Februar 1920. Einzelpreis 10 Pfg.

Uebergang der Eisenbahnen auf das Reich.

Nur die Finanzfrage noch offen.

WTB. Berlin, 20. Febr. (Drahtnachricht.) Heute fanden unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Dr. Bell die abschließenden Besprechungen über den Uebergang der deutschen Eisenbahnen auf das Reich statt. Es wurde in allen Punkten mit Ausnahme der Finanzfrage eine Verständigung erzielt. Die Verhandlungen über letztere werden heute nachmittag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Erzberger fortgesetzt. Sofern auch diese Besprechungen zu einer Verständigung führen, soll der Staatsvertrag zwischen dem Reich und den Ländern unverzüglich dem Reichskabinett und den Kabinetten der beteiligten Länder vorgelegt werden und sodann mit größter Beschleunigung an die verfassunggebenden Körperschaften gehen, damit der Uebergang des Eigentums und der Verwaltung der Eisenbahnen auf das Reich zum 1. April d. J. durchgeführt werden kann.

Der Reichskanzler über die erhöhte Kohlenproduktion.

WTB. Berlin, 20. Februar. (Drahtnachricht.) Der Reichskanzler hat im Anschluß an die zwischen den Arbeiterorganisationen und den Zechenverbänden zustande gekommenen Abkommen über die Steigerung der Kohlenproduktion einem Mitarbeiter der „Deutschen Allgem. Ztg." eine Unterredung gewährt, in der er u. a. sagte: Die jetzt erreichte Schichtverlängerung bringt eine Steigerung der Leistung um etwa 1 Million Tonnen im Monat. Das ist bei 12 Millionen Tonnen im Jahre gewiß eine erhebliche Summe, aber sie ist doch noch nicht groß genug, um alle Schwierigkeiten zu beseitigen. Eine Ausdehnung der Verlängerung auf Oberschlesien und die Braunkohlengebiete muß angestrebt werden. Die praktischen Folgen würden sich beim gesamten Volke als äußerst wohltätig erweisen. Dies gilt zunächst für die Versorgung der Eisenbahnen mit Betriebskohle, wodurch auch der Transport der Lebensmittel eine Steigerung erfahren wird. Aber auch die Lebensmittel selbst werden wir durch eine stärkere Kohlenförderung vermehren können, indem wenigstens ein Teil dieser Kohle nach dem Auslande gehen und uns so Devisen für den besonders während der nächsten Monate dringend notwendigen Lebensmitteleinkauf verschaffen wird. Daß Industrie und Landwirtschaft gleichmäßig an der gesteigerten Kohlenproduktion teilnehmen sollen, versteht sich von selbst.

Noske über die Neueinstellungen in die Reichswehr.

WTB. Berlin, 20. Febr. Laut „Vorwärts" erklärte Reichswehrminister Noske in einer Hamburger Versammlung von Funktionären und Betriebsräten der sozialdemokratischen Partei, er werde am 1. April das erste Mal 15—16 000 Mann junge Leute einstellen. Da sollten die Parteigenossen dafür sorgen, daß nicht nur wieder Söhne der Gutsbesitzer und Kapitalisten kämen, sondern sie sollten auch ihre Söhne hinschicken. Das Privileg der besitzenden Klassen auf die Offiziersposten werde er ausrotten.

Das Steuergesetz vor der Nationalversammlung.

WTB. Berlin, 20. Febr. (Drahtnachricht.) Wie wir hören, wurde im Steuerausschuß der Nationalversammlung beschlossen, das Steuergesetz vom 27. d. M. an im Plenum der Nationalversammlung zu beraten. Eine entsprechende Mitteilung soll vom Ausschuß dem Präsidenten der Nationalversammlung zugehen.

Die zweite Lesung der Reichseinkommensteuer.

WTB. Berlin, 20. Febr. Der Steuerausschuß der Nationalversammlung beendete die zweite Lesung des Reichseinkommensteuergesetzes. Hervorzuheben ist die Annahme von Anträgen Blunck (Dem.), wonach der § 19 dahin geändert wird, daß schon der den Betrag von 1300 Mk. (bisher 2000 Mk.) übersteigende Teil des steuerbaren Einkommens steuerpflichtig ist. In § 16 wird ferner Satz 1 wie folgt gefaßt: „Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer wird das Einkommen eines nach § 2 Nr. 1 steuerpflichtigen Haushaltungsvorstandes und seiner zu seiner Haushaltung zählenden Kinder zusammengerechnet, soweit es sich nicht um Arbeitseinkommen eines Kindes handelt."

Frankreichs Kontinentalpolitik.

Basel, 20. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Der Pariser Vertreter der „Baseler Nachrichten" meldet: In französischen Regierungskreisen geht der Wunsch nach starker Kontinentalpolitik, von der man sich durch die jetzigen politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht abschrecken lasse, zumal man der Ueberzeugung sei, daß man die Haltepunkte dieser Politik auch ohne jede Mitwirkung und ohne Rückhalt durch England besitze.

Zur Ausdehnung der französischen Besetzung.

Basel, 20. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Wie die „Baseler Nachrichten" melden, hat Millerand erneut bei der englischen Regierung versucht, die Zusicherung Englands zu erhalten, daß einer eventuellen Ausdehnung der französischen Besetzung nicht nur nichts in den Weg gelegt wird, sondern daß sie mindestens die moralische Unterstützung der Alliierten habe, falls Deutschlands wichtige Bestimmungen des Friedensvertrages nicht erfüllt.

Eine französische Amnestie.

Basel, 20. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Preßinformation" meldet aus Paris: Der Amnestieerlaß anläßlich des Amtsantritts des Präsidenten Deschanel wird sich auch auf Elsaß-Lothringen und das besetzte Gebiet erstrecken. Die französischen Militärkommandeure sind bevollmächtigt, nach Inkrafttreten des Amnestieerlasses Straferlasse nach ihrem Gutdünken in ihrem Bezirk zu gewähren.

Zu den Verhaftungen im besetzten Gebiet.

WTB. Berlin, 20. Februar. Zu der Meldung der Preßzentrale aus Mannheim über die Verhaftung und Abtransportierung angeblicher deutscher Kriegsverbrecher wird aus zuständiger Stelle bemerkt, daß von diesem Vorgehen der Franzosen an amtlicher Stelle noch nichts bekannt ist. Es sind aber alle Schritte unternommen, die Klarstellung dieses Vorganges herbeizuführen. Ausdrücklich sei noch bemerkt, daß die in der Meldung genannten Personen sich nicht auf der Auslieferungsliste befinden.

Französische Schießübungen.

Saarbrücken, 20. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Eine Bekanntmachung der Bürgermeisterei der Saarstädte besagt, daß die in den Saarstädten untergebrachten französischen Truppen im Saargebiet künftig militärische Uebungen großen Stils vornehmen werden. Auf den Schießplätzen bei Saarbrücken und bei St. Ingbert hat die französische Militärbehörde Scharfschießübungen für diese Woche angesetzt.

Der holländische Hafenarbeiterstreik.

Basel, 20. Februar. (Eigene Drahtnachricht.) Die „Baseler Nationalzeitung" meldet aus Amsterdam: Der große Streik hat sich auf alle Hafengebiete Hollands ausgedehnt. Der gesamte holländische Schiffsverkehr ist stillgelegt. Von den Behörden sind zur Aufrechterhaltung der Ordnung strenge Maßnahmen getroffen worden. Nach Rotterdam sind Polizeimannschaften und starke Truppenabteilungen abgegangen. In Amsterdam ist Kavallerie und Infanterie eingezogen. Ein Kanonenboot hat Befehl erhalten, nach Rotterdam aufzubrechen.

Die Schulden der Alliierten an England.

WTB Carnarvon, 20. Febr. (Funkspruch.) Der Schatzkanzler sagte im Unterhause in Beantwortung einer Anfrage, die Alliierten schuldeten England für Vorschüsse zu Kriegszwecken 1700 Millionen Pfund Sterling. In diesen Zahlen seien die Vorschüsse für Wiederaufbauzwecke an alliierte Staaten im Betrage von 21 500 000 Pfund Sterling nicht eingeschlossen.

Für Deutschlands Zulassung zur internationalen Finanzkonferenz.

Amsterdam, 20. Febr. (Eigene Drahtnachricht.) Obwohl der Rat des Völkerbundes noch nicht die Entscheidung über die Zulassung Deutschlands zur internationalen Finanzkonferenz ausgesprochen hat, bezweifelt die Londoner Finanzpresse nicht, daß eine deutsche Abordnung von Sachverständigen Gelegenheit finden wird, die Lage Deutschlands darzulegen und Vorschläge zur Neubelebung und Ertragsfähigkeit der deutschen Wirtschaft den Vertretern der alliierten Regierungen zu unterbreiten. Selbst der Finanzkundige der „Times" findet es für recht und billig, wenn endlich die Stimme Deutschlands in der kritischen Valutafrage vernehmbar würde. Die Einblätter „Finanzial News" und „Finanzier" treten unbedingt für eine ausführliche Besprechung mit den Deutschen ein. Es wird sogar auf die Notwendigkeit hingewiesen, im Rahmen der Finanzkonferenz auch die Entschädigungssumme, die Deutschland aufzubringen hat, eingehend festzustellen.

Heimkehr aus Japan.

WTB. Berlin, 19 Febr. Von den aus Japan heimkehrenden Transporten sind der Dampfer „Kikuku Maru" mit der Mehrzahl der Gefangenen aus den Lagern Bande und Nagoya, Transportführer Konteradmiral Bollerthum, vom 25. ab, der Dampfer „Himalaya Maru", mit der Mehrzahl der Gefangenen aus Kurume und dem Rest aus Nagoya, Transportführer Kapitän zur See Boethke, vom 28. ab in Wilhelmshaven zu erwarten.

Programm der Deutschen demokratischen Partei.

(Schluß.)

III. Volkswirtschaft.

Die Deutsche demokratische Partei ist eine Partei der Arbeit. Ihr Ziel auf dem Gebiete der Wirtschaft ist der Staat des sozialen Rechts.

Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel im Sinne allgemeiner Verstaatlichung wäre tödliche Bürokratisierung der Wirtschaft und verhängnisvolle Minderung ihres Ertrages. Wir lehnen sie ab und halten an der Privatwirtschaft als der regulären Betriebsform fest. Mehr als je brauchen wir gesteigerte Ergiebigkeit der Arbeit und vermehrte Erzeugung nützlicher Güter. Dazu bedürfen wir der durch das Eigeninteresse wachgehaltenen freien Selbstverantwortlichkeit, Initiative und Schaffensfreudigkeit jedes Einzelnen. Notwendig ist der Schutz solcher freien Bewegung dort, wo sie durch die Entwicklung bedroht wird; notwendig ist ihre Beschränkung da, wo sie zu Mißbrauch führte. Denn auch in der Wirtschaft steht das Ganze über seinen Teilen und das Volkswohl über begrenzten Gewalten und Interessen. Auch hier müssen die hohen demokratischen Grundsätze der persönlichen Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der menschlichen Würde sich durchsetzen.

Darum fordern wir zum ersten: monopolartige Herrschaftsmacht in der Hand weniger oder kleinerer Gruppen darf nicht geduldet werden. Für den Boden, das kostbarste Monopolgut des Volkes, folgt daraus: Verhinderung der Bodenspekulation, entschlossene Aufteilung von Großgrundbesitz zur Schaffung von selbstwirtschaftlichen bäuerlichen Familienbetrieben und zur Ansiedelung von Landarbeitern. So wird der heimische Boden möglichst vielen deutschen Menschen ein freies, natürliches und tätiges Dasein ermöglichen und die Volksgesundheit und die Ernährung der Gesamtheit sichern. So wird auch die Landwirtschaft befähigt, die hervorragende Stellung einzunehmen, die ihr, besonders nach den Zerstörungen durch den Krieg, im deutschen Wirtschaftsleben gebührt.

Für die Industrie, den Handel, das Bank- und Versicherungswesen ergibt sich: wo es sich um die Vermeidung natürlicher Monopole handelt, wo Vertrustung, Kartell- und Verbandsbildung tatsächlich schon die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit beschränkt und aufgehoben haben, da hat der Staat sein Hoheitsrecht zu wahren. Mit sorgsam angepaßten Maßnahmen hat die Gesamtheit die Kontrolle, die Mitbestimmung, nötigenfalls auch die Leitung oder, gegen eine Entschädigung, das Eigentum an sich zu nehmen. Die Ausbeutung und Unterdrückung des Schwachen durch den Starken — des Arbeiters und Angestellten, des aufstrebenden Unternehmers, des Handwerkers, des Weiterverarbeiters, des Verbrauchers — ist zu verhindern. So soll der demokratische Staat des sozialen Rechts die persönliche Freiheit in der Wirtschaft wahren.

Zum zweiten fordern wir: Soziales Unrecht in der Verteilung des Besitzes und des Einkommens ist zu beseitigen. Der Staat kann nicht jedem das gleiche Einkommen zuweisen, denn jeder soll den Lohn seiner Leistung erhalten. Er muß aber die Voraussetzungen schaffen, von denen aus jeder ohne unsachliche Hindernisse dieses gerechte Einkommen sich erarbeiten kann. Jedem Volksgenossen, der sich nicht gemeinnütziger Arbeit weigert, ist ein notwendiges Mindestmaß der materiellen Güter für die Ernährung, Bekleidung und Behausung, sowie Fürsorge in Fällen der Bedürftigkeit von rechts wegen zu gewähren. Zur Durchführung dieser umfassenden Sozialpolitik dient in erster Linie die Steuergesetzgebung. Die Steuern, vor allem die auf Besitz und Erbe, auf Einkommen und Aufwand, sollen nicht bloß die ungeheuer gewachsenen Bedürfnisse des Staates decken, sondern auch die übermäßigen Unterschiede in Besitz und Einkommen und damit in allen Möglichkeiten des Lebens ausgleichen. Bei allen Maßnahmen muß jedoch auf Neubildung von Kapital Rücksicht genommen werden, denn ohne dies ist der Gesamtertrag der Volkswirtschaft nicht so zu erhöhen, daß auch die Lebenshaltung jedes Einzelnen gehoben werden kann. So soll der demokratische Staat des sozialen Rechts die Gerechtigkeit in der Wirtschaft schaffen.

Zum dritten fordern wir: Dem Menschentum des Menschen im Arbeitsprozeß ist entgegen zu wirken. Die Arbeitsteilung droht die Arbeit völlig der Seele zu berauben. Deshalb müssen Handwerk und Kleinhandel geschützt und gefördert werden. In ihnen besteht noch die unmittelbare Beziehung des Menschen zu

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200221018/fragment/page=0001

seinem Werke; im Großbetriebe verliert der Einzelne das Verhältnis zum Gesamtergebnis der Arbeit mehr und mehr. Die Arbeitstechnik, deren Verfeinerung dieses Schicksal bildete, können und wollen wir aber nicht rückgängig machen, weil Verminderung der Produktion die Versorgung verschlechtern und dadurch für Millionen das Dasein zur Unmöglichkeit machen würde. So muß in der Demokratisierung der Wirtschaft die Hilfe gefunden werden. Die Entschlußkraft und die Verantwortungsbereitschaft des Unternehmers müssen sicherlich erhalten bleiben; aber ebenso ist die Arbeitsfreude des Arbeiters und Angestellten ein Produktionsfaktor von höchster Wichtigkeit. Darum brauchen wir ein Arbeitsrecht, in dem Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Produktionsprozeß sich tatsächlich gleichstehen. Darum brauchen wir weiter auch eine Arbeitsverfassung, die den bloß Abhängigen zum bewußt Mitwirkenden erhebt. Der Betrieb muß aus einem Herrschafts- zum Gemeinschaftsverhältnis werden. An die Stelle des Betriebsunternehmers tritt der Betriebsbürger. So soll der demokratische Staat des sozialistischen Rechts die Würde des Menschen in der Wirtschaft begründen.

Und so in Freiheit und Wahrheit, Gerechtigkeit und Würde wollen wir die deutsche Republik, den neuen Staat der Kultur und des sozialen Rechts aufbauen und ausbauen. Der Bürger dieses Staatswesens wird sich im geistigen Schaffen wie im Getriebe der Wirtschaft als Glied einer solidarischen Arbeits- und Volksgemeinschaft fühlen. Sie gibt ihm sein Einzelrecht, aber sie verlangt auch höchste Pflichterfüllung für das Ganze. Es gilt das Vaterland wieder aufzurichten, einheitlich und festgefügt im Innern, angesehen und kraftvoll im Rate der Völker.

Vorwärts und aufwärts in Deutschland und für Deutschland — das ist das Leitwort der Deutschen demokratischen Partei!

Lloyd George über die Kriegsverbrecher in Ententehänden.

WTB. Amsterdam, 20. Febr. Wie der „Telegraaf" aus London meldet, sagte Lloyd George gestern im Unterhause, die englische Regierung habe den Polen deutlich gemacht, daß sie nicht in der Lage sei, eine polnische Offensive auf russischem Gebiet mit Truppen, Geld oder Material zu unterstützen. Von seiten der Alliierten sei kein Druck auf Rumänien oder Polen ausgeübt worden, um militärische Unterstützung von seiten dieser Länder gegen die russische rote Regierung zu erhalten. Weiter sagte Lloyd George, auf der Liste der deutschen Kriegsverbrecher kämen auch die Namen einiger Angeschuldigter vor, die sich gegenwärtig in den Händen der Entente befänden. Ob diese vor einen alliierten Gerichtshof gestellt würden, werde von der Antwort abhängen, die die deutsche Regierung auf die Note der Entente erteilen werde. Die Besetzung gewisser Gegenden des türkischen Reiches koste 754 536 Pfund Sterling wöchentlich, wovon auf die Flotte 4536 Pfund entfielen.

Lettische Friedensverhandlungen mit Sowjetrußland.

WTB. Helsingfors, 20. Febr. Nach hier eingegangenen Meldungen hat die lettische Regierung endgültig beschlossen, Friedensverhandlungen mit Räterußland einzuleiten.

Unruhen in Irland.

WTB. Amsterdam, 20. Febr. „Telegraaf" meldet aus London: Gestern früh wurden in Dublin elf Führer der Sinnfeiner durch Soldaten und Polizisten verhaftet. In West-Cork griffen bewaffnete Iren das Polizeigebäude an, wobei Handgranaten, Gewehre und Revolver gebraucht wurden. Der Angriff wurde abgeschlagen.

Angriffe der Bolschewisten.

WTB. London, 20. Februar. Reuter. Das Kriegsamt gibt bekannt: Bolschewisten griffen auf einer Front von 180 Meilen zwischen dem Mangtschee und dem Alowischen Meere an. Westlich der Bahnlinie Zarzsin—Zekaterinodar überschritten sie den Manytsch. Hingegen hatten sie am unteren Manytsch keine Erfolge und erlitten schwere Verluste. An den säuberten Freiwillige bis auf eine Stelle das Südufer und machten 1000 Gefangene.

Wilsons Antwort in der Adriafrage.

WTB. Washington, 20. Februar. Präsident Wilson hat seine Antwort in der Adriafrage fertiggestellt. Es wird versichert, daß er in der Note auf seinem bisherig eingenommenen Standpunkt beharrt.

Geheimberatungen des Obersten Rates.

WTB. London, 20. Februar. Der Oberste Rat hat beschlossen, seine Beratungen vollkommen geheim weiter zu führen. Der Presse wird täglich nur ein amtlicher Bericht über die Beratungen zugehen.

Der Oberste Rat und die russische Frage.

WTB. London, 19. Febr. Reuter veröffentlicht folgendes Communiqué: Der Oberste Rat nahm heute nachmittag wiederum die Besprechung der russischen Frage auf und beschloß schließlich Vertagung bis zur Rückkehr Millerands am 23. Februar.

Übergang der bayrischen und württembergischen Post an das Reich?

WTB. Berlin, 20. Februar. Die „Tägliche Rundschau" will von ihrem Münchner Berichterstatter erfahren haben, daß die bayerische Post für 200 Millionen Mark und die württembergische für 250 Millionen Mark an das Reich übergehen. In der Frage der finanziellen Entschädigung für die Eisenbahnen konnte bisher keine Einigung erzielt werden. Laut „Kol.-Anz." soll der Kaufpreis für die bayerische Post 620 Millionen betragen.

Die Besprechung über ostpreußische Wirtschaftsfragen vertagt.

WTB. Berlin, 20. Febr. Es hat die Absicht bestanden, am 14. d. M. eine Besprechung mit hervorragenden Vertretern der verschiedenen Wirtschaftsinteressengruppen Ostpreußens, den Handelskammern, Handwerkskammern und Landwirtschaftskammern unter Teilnahme des Oberpräsidenten Winnig abzuhalten. An dieser Besprechung beabsichtigt eine größere Zahl von Reichsministern und preußischen Ministern persönlich teilzunehmen. Es sollen alle wichtigeren und die augenblicklich wichtigsten Fragen des Wirtschaftslebens und des Verkehrswesens erörtert werden. Diese Besprechung wurde auf Wunsch des Oberpräsidenten Winnig auf kurze Zeit vertagt, weil der Oberpräsident eine Vorbesprechung in Königsberg für erforderlich erachtet. Der Oberpräsident ist seitens der Staatsregierung zur Abhaltung dieser Vorbesprechung bereits ermächtigt, so daß die Besprechungen in Berlin für die Zukunft erwartet werden. Die Regierung will in lebendiger Fühlungnahme mit den maßgebenden Kreisen Ostpreußens, insbesondere mit den wirtschaftlichen Interessenvertretern, die Schwierigkeiten und die Nöte erörtern, die sich für Ostpreußen aus der politischen Entwicklung ergeben, und mit ihnen gemeinsam möglichst wirtschaftliche Mittel zur Behebung dieses Notstandes suchen.

Ein Mitglied der Landesversammlung vermißt.

WTB. Berlin, 20. Februar. Das sozialdemokratische Mitglied der preußischen Landesversammlung, Xavier Josef Kneisel aus Neisse, 36 Jahre alt, wird seit einiger Zeit vermißt. Nachrichten über seinen Aufenthalt oder über sein Verbleiben werden an das Büro der Landesversammlung, Berlin, Prinz-Heinrich-Straße, erbeten.

Zur Besoldungsreform.

WTB. Berlin, 20. Februar. Wie die „Voss. Ztg." erfährt, sollen die Gesetze zur Reichsbesoldungsreform schon im Laufe der nächsten Woche an den Reichsrat kommen. Die Aufrückungsfristen sollen gegen den bisherigen Zustand wesentlich verkürzt werden.

Der Erzberger-Helfferich-Prozeß.

Fortsetzung aus der Abendausgabe.

Berlin, 20. Februar. (Eigene Drahtnachricht.)

Helfferich: Die Gesellschaft hat im letzten Jahre 20 Prozent Dividende verteilt. Ich bitte den Zeugen um Auskunft, in welcher Höhe der Steuerkurs für die Aktien der Anhydatleder-A.-G. veranschlagt worden ist.

Erzberger: Ich habe mich vorgestern bei Direktor Seelig hierüber erkundigt. Der Steuerkurs beliefe sich wie ich glaube auf 115 Prozent.

Helfferich: Und Sie haben als Reichsfinanzminister nicht widersprochen gegen seine Festsetzung?

Erzberger: Ich sagte schon, daß ich diese Mitteilung erst vor wenigen Tagen erhalten habe. Näheres wird Direktor Seelig mitteilen können.

Zeuge Direktor Seelig: Unser zuständiger Steuerkommissar, ein hessisches Bankhaus, hat uns den Kurs von 115 als Steuerkurs bezeichnet.

Helfferich: Und Sie haben dagegen keinen Einspruch erhoben?

Zeuge Seelig: Bisher noch nicht.

Helfferich: Und im Jahre 1916, da verteilten Sie insgesamt 12 Prozent Dividende. Wie hoch war denn da der festgesetzte Steuerkurs?

Zeuge Seelig: Auch 115 Prozent.

Helfferich: Bei 12 Prozent Dividende derselbe Steuerkurs von 115 Prozent? Das genügt mir.

Nach der Mittagpause wird als erster Zeuge das Mitglied der Kriegsrohstoffabteilung Mauritius vernommen. Er schildert, wie Erzberger in den Aufsichtsrat der Kriegsledergesellschaft gewählt wurde. Ursprünglich war an seiner Stelle ein Herr vom Reichsschatzamt vorgesehen, der als Vertreter des Reiches gewählt werden sollte. Er lehnte aber aus Gesundheitsrücksichten ab, worauf die Wahl Erzbergers erfolgte. Ob die Anregung des Hauptausschusses des Reichstages, einen prominenten Abgeordneten in die Kriegsgesellschaften zu entsenden, seinen Grund in dem Wunsche hatte, sich zu informieren, oder aber in dem Wunsche, eine Kontrolle über die Kriegsgesellschaften auszuüben, vermag der Zeuge nicht anzugeben, und er ist sich sehr im Zweifel, ob nicht der Wunsch, sich auf dem Laufenden zu erhalten, um die Debatten abzukürzen, das zeitlich erste Moment gewesen war.

Helfferich: War es Ihnen bekannt, daß Erzberger bei seinem Eintritt in den Aufsichtsrat der Kriegsledergesellschaft an der Anhydatleder-A.-G. finanziell interessiert sei, und hätten Sie, wenn Sie es gewußt hätten Bedenken dagegen gehabt, ihn in den Aufsichtsrat zu lassen?

Zeuge: Als Erzberger gewählt wurde, war von seiner Beteiligung an den Anhydatwerken mir nichts bekannt. Erst später wurde davon gesprochen. Aber eine solche Beteiligung hätte bei mir keine Bedenken gegen seine Zuwahl in den Aufsichtsrat der Kriegsledergesellschaft erregt. Daß sich Erzberger bemüht hat, Interessen der Anhydatgesellschaft bei der Kriegsledergesellschaft geltend zu machen, ist mir nie bekannt geworden, obwohl ich es hätte erfahren müssen.

Helfferich: Wie erklären Sie es, daß das Kriegsministerium dem Reichsamt des Innern das Anhydatverfahren, auf das so großer Wert gelegt wurde, als militärisch und kriegswirtschaftlich als unwichtig bezeichnete?

Zeuge: Das kann erfolgt sein erstens weil das hessische Generalkommando sich dahin ausgesprochen hatte, vielleicht aber auch, weil ein Brief eines prominenten Abgeordneten, des Abgeordneten Erzberger, vorgelegt wurde.

Der nächste Zeuge General v. Owen und Oberst Götze, die zum Fall Anhydat noch auszusagen vermögen wesentliches nicht zu bekunden. Auf das Zeugnis des Oberleutnants Dietrich wird überhaupt verzichtet.

Der Abgeordnete Dr. Quaas, der während der Kriegswirtschaft Vorsitzender der Fachgruppe Leder war, sagt aus, daß aus den Kreisen der Schuhmacher sich gegen das Anhydatleder erheblicher Widerstand bemerkbar machte. Das Anhydatleder gelangte trotzdem zur Verteilung.

Es folgt nun der Fall: Oele und Fette.

Vertagung des Gerichts auf Montag.

Preußische Landesversammlung.

WTB. Berlin, 20 Februar. 117. Sitzung. Am Regierungstische: Hirsch und Haenisch.

Auf eine Anfrage des Abg. Herbert (Soz.) erklärt Unterstaatssekretär Dr. Peters, daß sämtliche Oberpräsidenten angewiesen seien, gegen die Landwirte strafrechtlich vorzugehen.

Die Ihzer Ablieferungspflicht nachkommen.

Einer Beschwerde des Abg. Kasse (Dem.) gegenüber, daß bei der Wahl von Lehrern und Rektoren bei Stellenausschreibungen Bewerber ihrer politischen Gesinnung wegen zurückgestellt worden seien, drückt ein Vertreter des Unterrichtsministeriums über einige solcher Ausschreitungen sein Bedauern aus. Ihrer Wiederholung werde vorgebeugt werden.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Antrag der Deutschnationalen, der besagt, die Regierung möge veranlassen, daß die Wahlen zu den Elternbeiräten verschoben werden, bis die Erziehungsberechtigten die Entscheidung über den Charakter der Volksschule getroffen haben.

Der Antrag wird abgelehnt.

Es folgt die Beratung der Verordnung vom 26. Febr 1919 betreffend die einstweilige Versetzung der unmittelbaren Beamten in den Ruhestand. Die Verordnung wird genehmigt.

Es folgt die Beratung des Antrages der Demokraten über die landwirtschaftliche Ausnutzung von Truppenübungsplätzen.

Abg. Winke (Dem.): Die Landwirtschaft ist nicht imstande, unser Volk zu ernähren. Eine intensive Bewirtschaftung ist wegen Düngermangels nicht möglich. Deshalb muß die Anbaufläche vermehrt werden. Die großen Truppenübungsplätze und die örtlichen Exerzierplätze müssen zum Gemüsebau ausgenutzt werden.

Abg. Wentrup (Ztr.): Dieser Antrag entspricht genau einem alten längst angenommenen Zentrumsantrag.

Abg. Dr. Heffmann (Dn.): Trotz der bereits erfolgten Annahme ist der heutige Antrag nicht abzuweisen. In absehbarer Zeit ist eine wesentliche Förderung unserer Volksernährung nicht zu erwarten.

Der Antrag wird für erledigt erklärt.

Abg. Dr. Weyl (U. S.) begründet sodann einen Antrag auf Einführung der Familienversicherung.

Abg. Brencker (Soz.): Es ist nicht zu verstehen, weshalb die Reichsregierung der Forderung immer noch nicht gefolgt ist. Angesichts der Verluste an körperlicher und geistiger Kraft infolge des Mangels einer solchen Familienversicherung.

Die Abgg. Frehm (Dn.), Hirsiefer (Ztr.), Frau Dönhoff (Dem.) stimmen dem Antrag zu. Er wird angenommen.

Ein Antrag betreffend Baukostenzuschüsse zur

Bekämpfung der Wohnungsnot

wird von der Tagesordnung abgesetzt, da ein Regierungsvertreter zurzeit nicht anwesend ist.

Es folgt ein Antrag der Demokraten auf Erlaß eines Reichsgesetzes über die Tuberkulose.

Abg. Dr. Schlosmann (Dem.): Durch die Kriegsfolgen hat die Tuberkulose wieder erheblich zugenommen. Es fehlt namentlich an Milch. Die Bekämpfung der Tuberkulose muß schon bei den Kindern intensiv vor sich gehen. Andererseits muß der Siedlungsgedanke gefördert werden. Ein Reichsgesetz muß schleunigst erlassen werden.

Abg. Dr. Lemer-Westpreußen (Soz.): Hauptschuld an unserem Zusammenbruch ist der Hunger gewesen, der auch die Tuberkulose hoch gebracht hat. Sie ist eine soziale Krankheit. Sie kann nur bekämpft werden durch die Wohnungsfürsorge, und wenn die Aerzte und besonders auch die Fakultäten sich nicht weiter zu Neuerungen ablehnend verhalten würden.

Ministerialdirektor Dr. Gottstein: Ein Reichsgesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose ist ausgearbeitet und wird alsbald der Nationalversammlung zugehen. Der Vorwurf des Abg. Dr. Beyer, die Gesamtheit der Aerzte sei konservativ und lehne jede Neuerung ab, trifft nicht zu. Eine gewisse Zurückhaltung und Vorsicht den vielen neuen Heilmitteln gegenüber ist aber angebracht. Das Gesundheitsamt beschäftigt sich jetzt auch mit der Frage, ob eine Maximaldosis für Salvarsan festzulegen ist.

Abg. Dr. Weyl (U. S.): Alle Achtung vor der Nationalversammlung. Aber hinsichtlich der Gesundheitspflege hat Preußen weit bessere Erfolge. (Hört, hört!) Die Arbeiten unseres Ausschusses für Bevölkerungspolitik können sich sehen lassen. Da herrscht in Preußen ein besserer Wind. (Hört, hört!) Den heilbaren Tuberkulosekranken muß jede Hilfe zuteil werden. Auch die unheilbar Erkrankten müssen betreut werden, und zwar so, daß sie für die Mitmenschen keine Gefahr bilden.

Abg. Werner-Kirschfeld (Dn.): Erfolgreich kann die Tuberkulose nur bekämpft werden durch eine vernünftige Siedelungspolitik. Auf dem platten Lande kommt diese Krankheit weniger vor als in den Großstädten. Eine einheitliche gesetzliche Regelung der Materie durch das Reich ist natürlich durch ein Landesgesetz vorzusichern. Trotzdem darf aber die preußische Regierung nicht die Hände in den Schoß legen.

Abg. Pöhlmann (D. Vpt.): Die Leiden, die durch die Tuberkulose hervorgerufen werden, sind noch größer als die Leiden des Krieges. Aufgabe der sozialen Beamtinnen muß es sein, auf dem Wege der Wohnungspflege die Tuberkulose zu bekämpfen.

Abg. Dr. Brackmann (Dtsch.-Hann.): Um die Tuberkulose schon im Anfangsstadium bekämpfen zu können, brauchen wir die Meldepflicht solcher Erkrankungen.

Abg. Dr. Schlosmann (Dem.): In sozialhygienischer Beziehung müssen alle Aerzte linksradikal sein. Jedes Gesetz muß dafür geprüft werden, wie das Wohnungswesen verbessert und die Tuberkulose bekämpft werden kannn.

Der Antrag wird angenommen.

Abg. Dr. Beyer (Soz.) begründet sodann einen Antrag, die Staatsregierung zu ersuchen, tunlichst bald eine Reform der Gewerbehygiene durchzuführen, wonach auch die hygienisch vorgebildeten Aerzte neben den technischen Gewerbeaufsichtsbeamten als gleichberechtigte Mitarbeiter anzusehen sind.

Abg. Werner-Kirschfeld (Dn.): Wir können den Antrag nur unterstützen. Deutschland muß weiter in hygienischen Dingen an der Spitze der Völker marschieren.

Abg. Dr. Schlosmann (Dem.): Auch wir stimmen der Erweiterung der ärztlichen Kompetenzen hinsichtlich der Gewerbehygiene zu.

Abg. Dr. Weyl (U. S.): Eine vernünftige hygienische Aufsicht ist nur mit den Arbeitern gemeinsam möglich. Die Aerzte müssen besser vorgebildet werden, um notwendige Maßnahmen treffen zu können.

Abg. Kasse (D. Vpt.): Die Industriellen haben stets großes Verständnis für die Gewerbehygiene gehabt. Die Aerzte müssen in der Prophylaxe besser unterrichtet werden.

Der Antrag wird angenommen.

Abg. Dr. Beermann (Ztr.) empfiehlt einen Antrag, die Entschädigungen der Schöffen und Geschworenen zeitgemäß zu erhöhen und bittet, diesen Antrag dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Ein Regierungsvertreter erklärt, die Regierung müsse aus finanziellen Gründen Zurückhaltung üben, zumal erst vor einundeinviertel Jahren eine Verdoppelung der Sätze eingetreten sei.

Abg. Müller-Harburg (Soz.): Die Erklärung der Regierung kann uns nicht abhalten, dem Antrage zuzustimmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nb:de:gbv:3:1-848334-19200221018/fragment/page=0002

da bei der jetzigen Entschädigung die arbeitende Bevölkerung von der Rechtsprechung ausgeschlossen wird.

Abg. Dr. Berndt-Stettin (Dem.): Bei Fragen der Rechtsprechung dürfen Finanzfragen nicht ausschlaggebend sein.

Abg. **Dolezych** (Dn.): Wir stimmen dem Antrag zu; jedoch ist es nicht möglich, auch den Einkommenausfall zu ersetzen.

Abg. **Obuch** (U. S.): Minderbemittelte werden nur vereinzelt zur Rechtsprechung hinzugezogen. Eine Erhöhung der Entschädigung ist notwendig.

Abg. Dr. **Görck** (D. Vpt.): Die finanziellen Einwendungen dürfen nicht ausschlaggebend sein.

Der Antrag geht an den Rechtsausschuß.

Darauf folgt Vertagung auf Sonnabend 12 Uhr: Anträge und Anfragen.

Schluß ½6 Uhr.

Halle und Umgebung.

Halle den 21. Februar 1920.

Die Frage des Postscheckamtes.

Unlängst wurde im städtischen Verkehrsausschuß angeregt, die Stadt Halle möge sich bemühen, ein Postscheckamt zu bekommen. Das Postscheckamt in Leipzig soll geteilt werden und da sei es möglich, daß Halle als Ort für das neue Amt gewählt wird, wenn es der Reichsstelle gewisse Vorschläge macht. Die Hauptsache sei, daß die städtischen Behörden geeignete Unterkunftsräume für das Amt selbst ausfindig machen und auch die Möglichkeit nachweisen, die zahlreichen Beamten, die in dem Postscheckamt arbeiten wollen, unterzubringen. Der Magistrat nahm diese Wünsche sympathisch entgegen; auch er stellte sich auf den Standpunkt, daß es für unser hallisches Wirtschaftsleben ein erheblicher Vorteil sei, wenn Halle der Sitz eines Postscheckamts werde.

Inzwischen scheint nun die Sache allerdings sich zugunsten einer anderen konkurrierenden Stadt, zugunsten Erfurts, entscheiden zu wollen. Magistrat und Oberpostdirektion in Erfurt haben vom Reichspostminister folgenden Bescheid bekommen:

„Unter der Voraussetzung, daß sich die in Aussicht genommenen Räume zur Unterbringung des Postscheckamtes eignen und der Magistrat der Stadt Erfurt sie der Reichspostverwaltung zu einem angemessenen Preise zur Verfügung stellt, wird die Errichtung eines Postscheckamtes in Erfurt in Aussicht genommen."

In Erfurt faßt man diesen Bescheid mit Recht als eine Zusage auf in dem Sinne, daß andere Städte bei dem Wettbewerb unterlegen sind. Die dortige Stadtverwaltung will denn auch die in Aussicht genommenen Räume im Hofe der Kasinoschule zum 1. April freimachen und schleunigst Umbauten beginnen. Sie hofft dann zum 1. Oktober das Postscheckamt in Erfurt zu haben.

Das zunehmende Kinderelend und die Mittel ihm zu steuern.

Zu dem neulichen Bericht der Saale-Zeitung über dieses Thema sendet uns Herr Geheimrat Prof. Dr. Abderhalden folgende Berichtigung:

Zwei Umstände sind es, die der Unterbringung stark unterernährter Kinder auf Freistellen im neutralen Ausland große Schwierigkeiten bereiten. Einmal verursacht der Sturz der Valuta trotz der vollständig unentgeltlichen Aufnahme der Kinder sehr große Kosten (z. B. verlangen die 20 Franken Kosten für die Eisenbahnfahrt in der Schweiz 4—500 Mark!), und dann hat die laute Propaganda für die Unterbringung österreichischer Kinder auf Freistellen innerhalb von Deutschland im Ausland stark verstimmt. Ich hob in meinem Vortrag das Mißverhältnis hervor, daß zwischen dem Inhalt der bekannten Schrift des Reichsgesundheitsamtes über die Schädigung der deutschen Volkskraft durch die Blockade bestehe und der auch behördlich geforderten Propaganda zur Aufnahme der erwähnten Kinder. Das Reichsgesundheitsamt hat mit dieser nichts zu tun. Ich bedaure, daß von Seiten des Berichterstatters in dieser Hinsicht ein Irrtum unterlaufen ist. Gleichzeitig hebe ich hervor, daß selbstverständlich alles getan werden muß, um den deutschösterreichischen Kindern energisch zu helfen. Ich stehe trotz gegenteiliger Behauptungen immer noch auf dem Standpunkte, daß ein Land, das selbst Hunderttausende von sehr stark unterernährten Kindern sein eigen nennt, nicht der richtige Ort ist, um anderen hungernden Kindern zu helfen. Im Ausland wird die Aufnahme der Wiener Kinder so aufgefaßt, als wäre die Not in Deutschland nicht groß, und als hätte man in Deutschland wieder einmal stark übertrieben. Das ist der Arbeit derjenigen, die ihre ganze Kraft dafür einsetzen, den deutschen Kindern zu helfen, nicht sehr förderlich.

Ausweisung von Personen durch die Demobilmachungsausschüsse. Der Magistrat macht bekannt: Zahlreiche Demobilmachungsausschüsse haben auf Grund ihrer allgemeinen Befugnisse und insbesondere auf Grund der Verordnung vom 28. 3. 1919 über die Freimachung von Arbeitsstellen ganze Personen- und Berufsgruppen aus ihren Betrieben entfernt. In Verfolg solcher Maßnahmen sind aus einer Reihe von Großstädten auch nach Halle Personen gekommen, die infolge der schlechten Lage des Wohnungs- und Arbeitsmarktes in Halle weder Wohnung noch Beschäftigung finden können. Es liegt Veranlassung zu der Annahme vor, daß bei den Abschiebungen nicht immer die gesetzlichen Bestimmungen vollständig beobachtet wurden, und daß infolgedessen diese Ausweisungen teilweise zu Unrecht erfolgt sind. Um eine Nachprüfung dieser Fälle herbeizuführen, werden alle Personen, die auf Grund von Verfügungen der Demob.-Ausschüsse nach Halle gekommen sind, gebeten, sich persönlich im städt. Arbeitsamt, Salzgrafenstr. 21, Zimmer 9, Geschäftsstunden 8 bis 3 Uhr, zu melden.

Ein erhöhter Tarif für Telegramme tritt am 1. März in Kraft. Es kostet dann das Wort in Deutschland 10 Pf., nach Deutsch-Oesterreich z. B. 20 Pf., nach den Niederlanden 55 Pf., nach Belgien mit Einschluß von Eupen und Malmedy 70 Pf., nach Frankreich, Polen und Schweden 85 Pf., nach Norwegen 90 Pf., nach Italien und Ungarn 1 Mk., nach Großbritannien 1,45 Mk., nach Bulgarien 1,65 Mk., nach Griechenland 1,70 Mk., nach Spanien 2,50 Mk., nach Portugal 2,70 Mk. Nach den Vereinigten Staaten von Amerika gehen die Sätze für Funk- und Kabeltelegramme von 7,60 Mk. bis zu 20 Mk. das Wort, nach Brasilien von 9,20 Mk bis zu 28,75 Mk., ferner nach Japan 20,80 Mk., nach China 18,85 Mk. und 20 Mk., nach dem Australischen Staatenbund 18,85 Mk.

Verein Gesundheitspflege. Ueber „Nervosität und nervöse Störungen" sprach auf Veranlassung des Vereins „Gesundheitspflege" und des Naturheilvereins „Halle-Nord" der Psychopädagoge Klese-Magdeburg. Er führte aus: Durch die Kriegsunruhen mit ihren einschneidenden Wirkungen auf das Familien- und Wirtschaftsleben traten Nervosität und nervöse Störungen besonders hervor. Alle Gedanken und Gemütsbewegungen freudiger Art wirken bis zu einem gewissen Grad anregend und fördernd auf die Tätigkeit unserer Organe, während alle erregenden und niederdrückenden Stimmungen die Arbeit des Lebensorganismus beeinträchtigen und sich als sogenannte nervöse Störungen zeigen. Die eigentliche Ursache ist deshalb seelisch. Daher gilt für alle Nervösen und Nervenschwache der Grundsatz: „Durch eine gesunde Seele ein gesunder Körper." Erkenntnis und guter Wille, bewußte Erfüllung der Pflicht in Haus, Geschäft usw., Ablenkung durch Arbeit und bewußte Aenderung der Gedankenrichtung, Autosuggestion, Vertiefung des religiösen Empfindens sind, richtig angewandt, die besten Hilfsmittel. Während bei vielen Nervösen diese seelische Einwirkung bereits genügt, sind bei anderen, besonders zur Bekämpfung der lästigen Störungen, Diät, heiße oder kühle Aufschläge u. a. einfache Anwendungen von außerordentlicher Wirkung. Die Hauptsache bleibt jedoch immer die stärkere Seele. — Der Redner fand für seine leichtverständlichen und anregenden Ausführungen den ungeteilten Beifall seiner Zuhörer.

Kunst und Wissenschaft in Halle.

Konzert des „Sang und Klang". Sang und Klang. Diese wohlklingenden Namen hat man lange im Konzertleben Halles vermißt. Jetzt darf man von einem Konzert des Vereins berichten, das zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Am Sonntag, den 15. Februar, unternahm es der nun mehr als 50 Jahre alte, aber wie sich gezeigt hat, immer jugendfrische Verein zum ersten Male wieder nach dem Kriege an die Oeffentlichkeit zu treten. Ein neuer Mann am Dirigentenpult — die alterprobten Stimmen — es war ein voller Erfolg. War auch noch nicht alles vollkommen, man merkte doch, welch vorzügliche, in jeder Beziehung ernst zu nehmende Kraft der Verein in seinem neuen Leiter, Herrn Birnbacher-Lange aus Leipzig, gewonnen hat. Es war deutlich erkennbar, welch hinreißenden Einfluß der Dirigent auf die Sänger ausübte, und mit welchem Ernst und Eifer gearbeitet worden war. Die Auswahl der Chöre war sehr erfreulich, ihre Ausführung noch erfreulicher. Das sehr schwere, aber wirkungsvolle Lied von der jungen Liebe und dem jungen Weine mußte wiederholt werden. Aber auch die übrigen Chöre gefielen außerordentlich. Ihre Ausführung ließ kaum einen Wunsch offen: Besonders zu loben ist die vorzügliche Aussprache, die ein Nachlesen des Textes fast überflüssig machte. Der Dirigent erwies sich auch in dem Konzert für 2 Klaviere von Bach und der Polacon brillante für 2 Klaviere von Merkel als vorzüglicher Klavierspieler. Als Partner hatte er den bekannten Leipziger Klavierpädagogen Herrn Prof Merkel gewonnen. Beide Spieler gingen derartig ineinander auf, daß man nur ein Instrument zu hören vermeinte. Außerdem sang noch ein Mitglied des Sang und Klang, der einheimische Tenor Herr Ernst Meyer, drei herrliche Lieder von Schubert, von Herrn Kramer wirkungsvoll begleitet. St.

Provinzial-Nachrichten.

△ Jena, 20. Febr. (400 Prozent Zuschlag zur Hundesteuer.) Der Gemeindevorstand hat dem Gemeinderat eine Vorlage über Erhöhung der Hundesteuer durch Erhebung eines Zuschlages von 400 v. H. (!) zur Staatshundesteuer sowie eine Vorlage über Erhebung von Zuschlägen von 1 v. H. des gemeinen Wertes zur Reichsgrunderwerbssteuer unterbreitet.

Friedrichroda, 20. Febr. (Ein gescheitertes Liebeswerk.) Von der städtischen Kurverwaltung wird mitgeteilt: Die Unterbringung unterernährter Kinder auf Kosten des Holländischen Roten Kreuzes in unserem Kurorte muß unterbleiben, da die holländische Unternehmung leider wieder aufgegeben ist.

§§ **Weimar**, 20. Februar. (Für Wohnungsbauten) waren dem Staat Sachsen-Weimar-Eisenach insgesamt 4 344 000 Mark aus Reichsmitteln zur Verfügung gestellt. Mit den Zuschüssen wird sich die Schaffung von rund 534 Wohnungen durchführen lassen. In Weimar wie in Jena sind etwa je 50 Wohnungen, in Eisenach etwa 60 Wohnungen bis Anfang Januar zum Bezug fertiggestellt worden, während in den übrigen Städten und Ortschaften die Fertigstellung erst im Frühjahr 1920 zu erwarten steht.

√ **Zeulenroda**, 20. Februar. (Städtische Pfennigscheine) werden demnächst erscheinen. Nachdem auch die Kupfermünzen aus dem Verkehr verschwunden sind, macht sich die Ausgabe dieser geringwertigen Papierzettel notwendig. Freilich werden die Herstellungskosten bald soviel betragen, als auf dem Zettel daraufsteht.

Leipzig, 20. Febr. (Die Erwerbslosenfürsorge der Stadt Leipzig im Januar.) Vom Arbeitsamt II wurden im Monat Januar an 14 499 (im Dezember 1919: 16 745) Erwerbslose insgesamt 3 619 527,66 (3 910 635,26) Mark Erwerbslosen-Unterstützung gezahlt. Hiervon gelangten 1 960 807,82 (2 331 599,10) Mark an den Kassenstellen des Arbeitsamtes u. 1 658 719 84 (1 579 036,16) Mark durch die hierzu beauftragten Verbände zur Auszahlung.

() **Oberweißbach**, 20. Febr. (Auf der neuen Thüringer Bergbahn) Obstfelder Schmiede—Lichtenhain—Oberweißbach—Deesbach—Cursdorf wurden die Arbeiten Mitte Januar bei der milden Witterung wieder aufgenommen. Wegen der ständig steigenden Preise wird nach Möglichkeit versucht, schon jetzt die nötigen Käufe abzuschließen. So wurde für die Reibungsstrecke Lichtenhain—Cursdorf eine 35pferdige Benzol-Lokomotive angekauft, die ihre Probefahrt zur vollen Zufriedenheit bestand. Eine der größten Ausgaben sind die Schienen. Sie wurden nach langen Bemühungen von dem Minister der öffentlichen Arbeiten in Berlin ausnahmsweise abgegeben. Sie kosten etwa ¾ des jetzigen Handelspreises, was ein großes Entgegenkommen bedeutet. Trotzdem ist dieser Preis der zwanzigfache des Friedenspreises. Das kommt daher, daß auf dem Eisenmarkte in der letzten Monaten eine sprunghafte Preissteigerung eingesetzt hat. Bei dem Voranschlag der Bahn war den damaligen Verhältnissen entsprechend mit dem Sechsfachen des Friedenspreises gerechnet. Leider gelang es damals nicht, die Schienen von der Staatsbahn zu erhalten, obwohl der Antrag schon vor Gründung der Bahngesellschaft gestellt wurde. Die Kosten der Bahn, die zum großen Teil in Schienen und überhaupt Eisen bestehen, erhöhen sich durch diese Entwickelung des Marktes natürlich bedeutend.

)(**Werdau**, 20. Febr. (Ein Brandunglück) ereignete sich in Langenhessen. Im Wohnhause des Gutsbesitzers Max Panca war während der Abwesenheit des Besitzers Feuer ausgebrochen, das das ganze Wohnhaus in Asche legte. Infolge der großen Qualmentwickelung, die sich gleich beim Entstehen auf die angrenzenden unteren Räume ausdehnte, wo die kleinen Kinder des Besitzers schliefen, war es nicht möglich, diese schnell aus der gefährlichen Zone zu retten, so daß ihre Bergung durch das Fenster vorgenommen werden mußte. Leider konnte eines von diesen Kindern, ein neunjähriges Mädchen, nur als Leiche geborgen werden, während fünf Kinder noch schwer krank darniederliegen.

Greiz, 20. Febr. (Aus der Haft im Krankenhaus entwichen.) Der wegen Einbruchsdiebstahls im wiederholten Rückfalle in Untersuchungshaft befindliche Stellmacher Louis Dümmler aus Dölau ist nachts aus dem Krankenhaus entwichen. Er befand sich wegen Krankheit dort und war in einem Raum im Dachgeschoß untergebracht. Dümmler bog einen ziemlich starken Eisenstab nach Oeffnung des oberen Fensterflügels nach innen, kroch durch die entstandene Oeffnung, ließ sich an einem 10 Meter langen Seil das er sich durch Zerschneiden des Bettuchs, des Matratzenschoners, der Bettdecke und des Bettüberzeuges herstellte, auf den Hofraum hinunter und erlangte so die Freiheit. Die Enden der Wäschestücke machte er naß, damit die Knoten besser hielten.

△ **Arnstadt**, 20. Febr. (Die Erben des verstorbenen Prof. Dr. Jung) haben die wertvollen naturwissenschaftlichen Sammlungen des Verstorbenen dem städtischen Museum überwiesen. Es sind dies Pflanzen-, Stein-, Käfer- und Schmetterlingssammlungen, vor allem aus unserer Gegend, die in ihrer Vollständigkeit mustergültig sind.

Kunst und Wissenschaft.

Zur Vorbereitung der Reichsschulkonferenz findet Ende dieses Monats in Berlin eine Tagung des Reichsschulausschusses statt. Zur Beratung steht u. a. die Frage der Umgestaltung der Schule, Rechtschreibung, der Wegfall der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst, die Zulassung von Ausländern zu den deutschen Bildungsanstalten, das Fortbildungsschulwesen und die dienstliche Stellung der verheirateten Lehrerinnen.

Uraufführungen. Im Hamburger Thaliatheater erregte die Uraufführung einer Familientragödie „Die Erbschaft der Lore Brabant" von Hermann Reichenbach heftigen Widerspruch. Es ist ein Stück voll fragwürdiger Problematik und unfreiwilliger Komik. — Dagegen fand die Uraufführung des Traumspieles „Madelaine und ihr Page Hyazint" von Waldfried Burggraf im Würzburger Stadttheater eine sehr beifällige Aufnahme. In diesem dem Gedächtnis Heinrich Heines geweihten, dramatisierten lyrischen Gedicht erleben wir den Traum eines Schülers, der die aus den Heine-Liedern bekannten Gestalten des Königs, der Königin und des Pagen vor sich erstehen sieht. Der Dichter stammt aus Bremen; er ist gleichzeitig Schauspieler und bekannt geworden als Verfasser des Mysteriums „Mammon". — „Die Löwenbraut", Schwank in drei Akten von Curt Kraatz und Theo Halton, Musik von O. Gaze, hatte bei der Uraufführung in Frankfurt am Main (Schumann-Theater) einen durchschlagenden Lacherfolg. Viele Musikschlager mußten wiederholt werden, die Autoren wurden nach dem 2. Akt stürmisch gerufen.

Vermischtes.

Idyllische Zustände. Unter vorstehender Spitzmarke wird berichtet: In der Sitzung der Stadtverordneten zu Holzminden wurde über die traurige Finanzlage der Stadt Bericht erstattet, besonders über den viel zu großen Beamtenapparat. Dabei kam ein Stadtverordneter auf die viel zu großen Summen zu sprechen, die für Ueberstunden an die Beamten gezahlt seien. Redner sagte: „Ich habe durchaus nichts dagegen, wenn wirklich gearbeitet worden wäre, aber statt dessen haben sich die Beamten während der Ueberstunden im Rathaussaal mit Tanzen vergnügt." Dabei hat die Stadt beim Verkauf von Butter etwa 42 000 Mk., beim Verkauf von Kohl etwa 3300 Mk. zugesetzt, während 436 Zentner Kohlen überhaupt spurlos verschwunden sind. Bei dem Handel mit Holzkohlen hat die Stadt 20 000 Mk. zugesetzt. Kein Wunder, denn mit dicken Holzsohlen läßt sich schlecht tanzen und in Holzminden tanzt man schamlos viel und gern.

Gestohlen: ein ganzes Torflager! Der Stadt Spandau ist ein ganzes Torflager gestohlen worden. Die Stadt hatte im Herbst mit der Ausbeute von Torf an der Döberitzer Heerstraße begonnen und den nassen Torf zum Trocknen aufgehäuft. Jetzt, wo er verkauft werden soll, vermißt man ihn. Es haben sich nicht nur die benachbarten Anwohner den Torf geholt, sondern es sind auch Fuhrwerke erschienen, auf die der Torf aufgeladen und dann nach Berlin — verkauft — worden ist. — Fragt sich nur, wie lange solche schreckliche Zustände noch im neuen Deutschland fortdauern sollen, ohne daß man durch schwerste Ahndung vor der sonst allzunaheliegenden Nachahmung warnt?!

Der aufsehenerregende Perlenhalsbanddiebstahl, der, wie wir berichteten, in der Villa des Kommerzienrats Friedmann in der Rauchstraße verübt wurde, ist jetzt aufgeklärt. Jetzt befindet sich der Bestohlene wieder im Besitz des außerordentlich wertvollen Schmuckstückes. Der Dieb, der sich als Beauftragter der Kohlenstelle Einlaß in die Villa verschafft hatte, der Elektromonteur Paul Wichmann, war in Hamburg festgenommen worden, als er gerade mit dem Erlös aus dem Verkauf des Schmuckstückes nach Dänemark flüchten wollte. Wichmann gestand nicht nur den Diebstahl ein, sondern gab auch an, daß er die Perlenkette in einem Goldankaufsgeschäft für 50 000 Mk. verkauft habe. Dieser verkaufte sie für den Preis von 70 000 Mk. weiter an einen Juwelenhändler, der zurzeit in Paris wohnt. Durch Vermittlung der Kriminalpolizei wurde die Kette wieder nach Berlin geschafft.

Explosionsunglück in Frankfurt a. O. Ein folgenschweres Unglück ereignete sich in dem Artilleriedepot in Frankfurt a. O. auf den Kuhnen. Dort wurde unter Aufsicht von Feuerwerkern der Reichswehr von dort beschäftigten Arbeitern scharfe Munition entladen. Plötzlich explodierte ein Geschoß. Ein Feuerwerker und vier Arbeiter wurden auf der Stelle getötet und außerdem einige andere leichter oder schwerer verletzt.

Mißglückte Mädchenentführung in Aachen. Im Hinblick auf die Tatsache, daß im Saargebiet eine größere Anzahl von jungen Mädchen verschwunden ist, ohne daß ihr Verbleib bisher festgestellt werden konnte, erregte folgender Vorfall in Aachen berechtigtes Aufsehen: Ein etwa 20 Jahre altes Mädchen, das sich am Sonntag morgen 6,30 Uhr zur Kirche Sankt Maria in der Kupfergasse begeben wollte, wurde an der Ecke Mohrenstraße von einem Manne ergriffen, der versuchte, es zu einem bereitstehenden Auto zu schleppen. Als das Mädchen den Hilferuf: „Mutter, Mutter!" ausstieß, antwortete der Mädchenräuber mit den Worten: „Die kann nichts helfen." Glücklicherweise kam ein Straßenbahnzug, wodurch der Verbrecher gezwungen war, von seinem Opfer abzulassen.

Leichenverbrennung in der Waschküche. Wie ein Stück aus einem Hintertreppenroman klingt ein Vorfall, der von der Kriminalpolizei in dem Hause Stralauer Allee 29a in Berlin aufgedeckt worden ist. Dort hauste für sich allein eine 70 Jahre alte Witwe Emilie Tiller, geborene Bleichstein. Am gleichen Flur mit ihr wohnten die 45 Jahre alte Pförtnerfrau Witwe Ottilie Flähmer und deren 18jährige Tochter Gertrud. Diese beiden betreuten und pflegten die Greisin, die schon seit längerer Zeit krank und gebrechlich war. Seit dem 20. Januar sah man im Hause Frau Tiller nicht mehr, und man hörte auch nichts mehr von ihr. Das gab nach und nach Veranlassung zu allerhand Gerüchten. Frau Flähmer und ihre Tochter begegneten den Gerüchten und Ausstreuungen mit der Erklärung, Frau Tiller sei nach Zehlendorf-West zu Verwandten gezogen. Die Ermittelungen ergaben, daß hier ein Mord vorliegt. Frau Flähmer sagt, sie habe die Kranke bei einem Besuche tot aufgefunden. Um sich in den Besitz ihrer Hinterlassenschaft zu setzen, hätten sie und ihre Tochter die Leiche in einen Sack gepackt und nach der Waschküche des Hauses gebracht. Dann wurde die Leiche zerstückelt und in der Feuerung verbrannt. Die weiteren Ermittelungen ergaben, daß sich Frau Flähmer und ihre Tochter nicht bloß die Einrichtung, sondern auch die Sparkassenbücher der Greisin angeeignet haben. Die Tochter hat darauf nach dem Tode der Frau bereits 600 Mk. abgehoben. Beide wurden verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Ob Frau Tiller wirklich eines natürlichen Todes gestorben oder erstickt worden ist, bedarf noch der Aufklärung. Die Feststellung wird unter den gegebenen Umständen allerdings sehr schwer sein.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200221018/fragment/page=0003

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Preisfestsetzung im Maschinenbau.

Zu einer Beratung über die Lage der Preisbemessung im Maschinenbau hatte der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten eine außerordentliche Hauptversammlung einberufen, die in der Aula der Berliner Technischen Hochschule begann. Der gewaltigen Bedeutung der zur Erörterung stehenden Frage für unser ganzes Wirtschaftsleben entsprechend, war die Tagung außer von Mitgliedern auch von Vertretern der Regierung, den führenden technischen Körperschaften stark besucht. Als erster Referent sprach Dr.-Ing. Roser über die Grundlagen der Preisbestimmung. Die Verschleuderung des Nationalvermögens, die wir heute mit erleben mußten, könne nur dadurch verhindert werden, daß man Grundlagen für die Preisfestsetzung schaffe. Diese könne man durch Betrachtung der Weltmarktpreise und Berücksichtigung der ausländischen Lohn-, Rohstoff- und Währungsverhältnisse ermitteln, denn daraus lasse sich feststellen, zu welchem Preise der Ausländer anbieten könne. Das gebe uns die Richtlinie für unsere Preisbemessung.

Was die Form der Verkaufsverträge nach dem Auslande anlangt, so hält der Redner die Zahlung in fremder Währung unbedingt für das Richtige; die Preise müßten fest sein, weil nur so das Vertrauen zu Deutschlands Leistung wieder erwache. Auch soll möglichst die Zahlung in Waren (wichtigen Rohstoffen) erfolgen. Im Inlande dagegen könne man nur mit gleitenden Preisen arbeiten, etwa unter Zugrundelegung der jeweiligen Roheisenpreise und Lohnsätze; Transportverteuerung müsse zu Lasten des Empfängers gehen.

Von den bemerkenswerten Angaben des Vortragenden über die Unkostenentwicklung sei erwähnt, daß heute die Löhne etwa auf das 5—6fache, Materialkosten auf das 20 bis 30fache gestiegen seien. Trotz der hohen Lohnsteigerungen seien daher die Generalunkostenzuschläge noch höher gestiegen. Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß die für die Lebensstellung der deutschen Maschinenindustrie, die ja heute noch eine Weltstellung einnehme, äußerst bedrohlichen Verhältnisse zu einem engen Zusammenarbeiten der Fachverbände führen möge.

Diese Ausführungen wurden durch Generaldirektor Becker-Cohn ergänzt, der darauf hinwies, daß leider noch immer einzelne Fabriken dem Auslande ihre Erzeugnisse zu Preisen anböten, die das Ansehen Deutschlands schwer schädigten. Er schilderte die Lage auf dem Rohstoffmarkt; obwohl z. B. der offizielle Preis für Stabeisen 2500 Mark betrage, so sei unter 5000 Mark nichts zu bekommen. Als Unterlagen für die Kalkulation müsse man daher heute die 40fachen Material- und die 12fachen Lohnpreise annehmen, da auch die Erzeugung der Arbeiter infolge der Leistungsabnahmen und der Betriebsunterbrechungen durch stockende Materialzufuhr stark zurückgegangen sei. Maßnahmen gegen diese Verhältnisse seien daher unbedingt am Platze.

Verordnung über Valutahypotheken.

Ueber die Hypotheken-Eintragung in ausländischer Währung ist folgende Verordnung der Reichsregierung erlassen worden: Wird für eine Forderung, die in ausländischer Währung zu zahlen ist, eine Hypothek in das Grundbuch eingetragen, so kann mit Einwilligung der Landeszentralbehörde der Geldbetrag der Forderung in ausländischer Währung angegeben werden. Mit Einwilligung der Landeszentralbehörde kann auch die Währung einer eingetragenen Hypothek in eine ausländische umgewandelt werden. Die Umwandlung der eingetragenen Währung bedarf der Zustimmung der im Range gleichen und nachstehenden Berechtigten.

Wird die Zwangsversteigerung des Grundstückes angeordnet, so muß die Terminbestimmung die Angabe, daß das Grundstück in ausländischer Währung belastet ist, und die Bezeichnung dieser Währung enthalten. (§ 5.) In dem Versteigerungstermin wird vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten festgestellt und bekanntgemacht, welchen Wert das in ausländischer Währung eingetragene Recht nach dem für den Ort des Grundstücks amtlich ermittelten letzten Kurse in Reichswährung hat. Vorschriften, die den Erwerb von Grundstücken durch Ausländer beschränken, stehen der Zulassung des Gebots des Gläubigers eines in ausländischer Währung eingetragenen Rechtes und der Erteilung des Zuschlages an ihn nicht entgegen.

Nach dem 31. Dezember 1925 dürfen neue Eintragungen auf Grund des Paragraphen 1 dieser Verordnung nicht mehr vorgenommen werden.

Eisenpreise und Ueberschichten.

Die gestrigen Mitgliederversammlungen des Deutschen Stahlwerksverbandes und des Deutschen Stahlbundes brachten bezüglich der Schaffung eines Verbandes für Eisenbahnmaterial und von Selbstverwaltungskörpern für die deutsche Eisenindustrie noch keine Entscheidung. Die Verhandlungen sollen Ende des Monats fortgesetzt werden.

Bis auf weiteres sollen auch die Preise unverändert bleiben. Man erwartet von der in Aussicht gestellten Verbesserung der Kohlenförderung eine Stärkung der Valuta, wodurch eine neue Preiserhöhung in der Eisenindustrie kaum erforderlich werden würde. Der endgültige Beschluß hierüber soll Anfang März erfolgen, wenn man das Ergebnis der Ueberschichten zu beurteilen vermag.

Metallzuschläge für isolierte Drähte und Kabel.

Die Preisstelle des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie gibt für die Woche vom 22. bis 28. Februar bekannt: Kupferzuschlag 210 Mk., Aluminiumzuschlag 93 Mk.

Börsenstimmungsbild.

Berlin, 20. Februar. Gewinnrealisierungen mit Rücksicht auf die vorangegangene gewaltige Aufwärtsbewegung und Abgaben aus Anlaß einer mäßigen Besserung des Markkurses im Auslande wirkten bei Beginn der heutigen Börse zusammen, um in Industriewerten ziemlich empfindliche Rückgänge herbeizuführen. Verluste um 20 bis 40 Prozent bilden in den betroffenen Werten die Regel. Bochumer Gußstahl-Aktien verloren sogar 60 Prozent. Einige oberschlesische Werte, wie Oberschlesische Eisenindustrie und Laurahütteaktien, waren wieder besser gehalten und stellten sich sogar im Kurse höher. Von Elektrizitätsaktien stiegen Bergmannaktien um 24 Prozent, A. E. G. befestigten sich nach anfänglicher Abschwächung. Von Anlagewerten gaben Valutapapiere, wie Mexikaner und türkische Lose, empfindlich im Kurse nach, während deutsche Anleihen rege gekauft wurden und, wie preußische Konsols, erneut sehr ansehnliche Besserungen erzielten. Kriegsanleihe stieg auf 79, und österreichische und ungarische Anleihen waren gleichfalls vorwiegend gebessert. Scharf rückgängig waren Kolonialpapiere, vor allem Neuguinea mit mehr als 100 Prozent Verlust. Kaliaktien waren stark gedrückt. Westeregeln um 90 Prozent. Im freien Verkehr entwickelte sich eine stürmische Aufwärtsbewegung in Aktien der Deutsch-Asiatischen Bank, die 280 Prozent gewannen, weil angeblich auf die Wiederaufnahme der Geschäfte in China und Japan Aussicht besteht.

Produktenbericht.

Berlin, 20. Februar. Gegen Schluß des gestrigen Produktenmarktes wurde noch viel Hafer zu höheren Preisen als amtlich notiert gekauft. Heute war die Tendenz für diesen Artikel vorwiegend unentschieden. Für Erbsen bestand gute Nachfrage, doch zeigte sich auch vermehrtes Angebot von seiten Hollands. Andere Hülsenfrüchte waren fest, ebenso Lupinen. Serradella war ruhig. Für Rauhfutter blieb Begehr bestehen. Wetter schön.

Berlin, 20. Februar. Amtliche Notizen. Preise für 1000 Kg. in Mark: Inländischer Hafer loko ab Speicher frei Wagen — [illegible] Bahn [illegible], sofortige Abladung ab Abladestationen 4600—4680.

Devisenkurse.

Berlin 20. Februar.

Die amtlichen Notierungen für telegraphische Auszahlungen stellen sich an der heutigen Börse in Vergleichung zum vorhergehenden Tage in Mark wie folgt:

	Heute		Gestern	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam Rotterdam	3526,00	3534 00	3671,00	3679,00
Brüssel-Antwerpen	729,25	730,75	716,75	718 25
Christiania	1663,25	1666,75	1708,25	1711,75
Kopenhagen	1428,50	1431,50	1458 50	1461,50
Stockholm	1783,[illegible]5	1786 75	1828,00	1838,00
Helsingfors	377,1[illegible]	377,90	384,60	385,40
Italien	522,[illegible]0	533 50	537,00	538,00
London	32 ,65	328,35	334,65	335,35
New York	95,15	[illegible]5,35	99,40	99,60
Paris	713,60	715,20	692,30	693 70
Schweiz	1535,50	1[illegible]11 50	1576,00	1577 00
Spanien	1598,40	1601,60	1678 25	1681,75
Wien (altes)	38,56	38,54	39 20	39 29
(Deutsch-Oest. abgest.	34,71	34,71	35 71	35,79
Prag	10 ,4[illegible]	100,90	10[illegible],90	101,10
Budapest	3,421	34,29	35,96	36,04
Bulgarien	—	—	—	—
Konstantinopel	—	—	—	—

Metallnotierungen.

Berlin, 20 Februar. Preise für 100 Kg. in Mark: Elektrolytkupfer 4540. Raffinade-Kupfer 3700—3800. Original-Hütten-Weichblei 1800. Hütten-Rohzink 650, im freien Verkehr 1650. Orig.-Hütten-Aluminium 6000—6100. Banca, Straits, Billiton-Zinn 14 100—14 200. 98, 99% Hütten-Zinn —. 98, 99% Rein-Nickel 7900—8000. Antimon Regulus 2400.

Elektrolytkupfer. (Notierung d. Ver. f. d. dt. Elektro. Notiz.) 4549 Mk.

Deutsche Kommunal-Anleihe von 1920. Dem Deutschen Zentral-Giro-Verband in Berlin ist die ministerielle Genehmigung zur Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Inhaber bis zum Betrage von 200 Mill. Mark zur Gewährung langfristigen Kredits an seine Mitgliederverbände und an sonstige deutsche Kommunalverbände erteilt worden. Die Schuldverschreibungen sind mit mindestens 4 Proz. und höchstens 4½ Prozent jährlich zu verzinsen und nach dem festgesetzten Tilgungsplan durch Ankauf oder Verlosung spätestens mit dem 1. April des auf die Ausgabe der Stücke folgenden Jahres beginnend, jährlich mit mindestens 1 Prozent des Anleihekapitals unter Zuwachs der Zinsen von den getilgten Schuldverschreibungen zu tilgen.

Lokomotivfabrik Krauß & Comp. Akt.-Ges. in München. Die Bankfirmen C. H. Kretschmar in Berlin und Jacob S. H. Stern in Frankfurt a. M. haben die Aktienmehrheit dieser Gesellschaft erworben. Es ist geplant, die Werke in München zu modernisieren und auszubauen. Zu diesem Zwecke soll einer demnächst stattfindenden Generalversammlung neben Neuwahlen zum Aufsichtsrat auch die Erhöhung des Grundkapitals von 4,9 auf 7½ Mill. Mark vorgeschlagen werden.

Eisenwirtschaftsbund. Auf Grund der Entschließung des volkswirtschaftlichen Ausschusses der Nationalversammlung vom 16. Dezember 1919 wird zur Regelung der Eisenwirtschaft der schon mehrfach angekündigte Selbstverwaltungskörper in nächster Zeit ins Leben gerufen, dem die Rechtsfähigkeit verliehen und die Bezeichnung „Eisenwirtschaftsbund" beigelegt werden soll. Der Sitz wird sich in Düsseldorf befinden. Der Eisenwirtschaftsbund wird gebildet aus Vertretern von Erzeugern, Händlern und Verbrauchern, und zwar sowohl von Unternehmern wie von Arbeitnehmern. Die Vollversammlung des Eisenwirtschaftsbundes soll die Eisenwirtschaft einschließlich der Ein- und Ausfuhr nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen unter Oberaufsicht des Reiches leiten.

Ausdehnung der A.-G. für Lindes Eismaschinen A.-G. in Wiesbaden. Die Deutsche Oxhydric A.-G. in Charlottenburg beruft eine außerordentliche Generalversammlung ein, welche einen mit der Gesellschaft für Lindes Eismaschinen A.-G. in Wiesbaden abgeschlossenen Vertrag genehmigen soll, durch den das Vermögen der Charlottenburger Gesellschaft als Ganzes unter Ausschluß der Liquidation an die Linde-Gesellschaft übertragen wird. Die Deutsche Oxhydric A.-G. arbeitet zurzeit mit 3 530 000 Mark Aktienkapital. Es betrug ursprünglich 2,25 Mill. Mark und wurde Ende Februar 1914 zwecks Verschmelzung mit der Mitteldeutschen Sauerstoff G. m. b. H. in Berlin und der Deutschen Industrie-Gas A.-G. in Mannheim um 1 280 000 Mark erhöht. Der Gesellschaftssitz befand sich ursprünglich in Düsseldorf, wurde 1914 nach Mannheim und 1916 nach Charlottenburg verlegt. Die Linde-Gesellschaft war durch Direktor Linde bereits im Aufsichtsrat der Charlottenburger Gesellschaft, zu deren Gründer auch die Süddeutsche Disconto-Gesellschaft gehört, vertreten. Für 1918 wurden 5 Proz., i. V. 4½ Proz. Dividende verteilt.

+ **Wagengestellung.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Halle (S.) (einschließlich der anschließenden Privatbahnen) wurden am 19. Februar für Kohlen, Koks, Brikette und Naßpreßsteine gestellt 4400 Wagen zu 10 To., nicht gestellt 3201 Wagen zu 10 To.

Mathildenhütte zu Bad Harzburg. Der Gewinn aus den verschiedenen Betrieben der Gesellschaft im Geschäftsjahre 1918 betrug 681 846 (i. V. 649 345) Mark. Dagegen bedingten Handlungsunkosten 368 117 (222 030) Mark, Verlust auf Wertpapiere 79 348 (115 189) Mark und Abschreibungen 85 739 (100 239) Mk. Aus einem Reingewinn in Höhe von 559 148 (408 165) Mark wird eine Dividende von 20 Prozent (gegen 10, 20, 15, 12 Prozent in den Jahren 1918—1915) in Vorschlag gebracht. Als Vortrag auf neue Rechnung verbleiben sodann 6225 (112 465) Mark. In der Bilanz werden Bestände mit 1,26 (0,31) Mill. Mark, Wertpapiere mit 0,68 (1,31) Mill. Mark und Debitoren mit 2,38 (0,99) Mill. Mark ausgewiesen. Kreditoren erscheinen mit 1,92 (0,19) Mill. Mark.

Verein chemischer Fabriken. Akt.-Ges., zu Zeitz. Bei einem Betriebsüberschuß von 1 897 064 (i. V. 1 125 695) Mark ergab sich nach Absetzung der Handlungsunkosten von 664 711 (447 763) Mark und der Abschreibungen von 114 328 (128 427) Mark einschließlich Vortrag ein Reingewinn von 1 093 564 (1 133 564) Mk. Hieraus soll bekanntlich eine Dividende von wieder 12 Prozent neben einem Bonus von abermals 15 Prozent verteilt werden. Erläuternde Bemerkungen über das diesmalige Ergebnis werden im Geschäftsbericht nicht gemacht. Laut Bilanz betragen Vorräte 1 414 257 (i. V. 1 428 528) Mark, Beteiligungen 1 330 364 (2 162 768) Mark, Effekten 1 611 150 (2 655 857) Mark. Den Debitoren von 3 633 280 (1 379 209) Mark und Bankguthaben von 1 493 684 (589 884) Mk. stehen Kreditoren mit 4 014 117 (2 297 034) Mark gegenüber.

Verhandlungen über Flachslieferung nach Böhmen. Der Präsident des Flachsspinnereiverbandes in Böhmen hat sich nach Berlin begeben, um über die Lieferung von Flachs aus Deutschland zu Veredelungszwecken nach der Tschecho-Slowakei zu verhandeln. 25 Proz. des eingeführten Flachses sollen gegen Bezahlung in der Tschecho-Slowakei verbleiben.

Deutsche Dunlop Gummi Compagnie A.-G. in Hanau a. M. Die Gesellschaft, die als englisches Unternehmen lange Zeit unter Zwangsverwaltung stand, die erst 1917 nach Erwerb der 3 Mill. Mark Aktien durch die Adlerwerke vorm. Kleyer & Co. und die Autowerke Adam Opel aufgehoben wurde, schließt 1918/19 nach 167 421 (i. V. 232 836) Mark Abschreibungen mit 236 266 Mk. (394 619 Mk.) Verlust ab, um den sich der Verlustvortrag weiter auf 722 810 (486 544) Mark erhöht.

Starke Aufträge des Auslandes für die deutsche Tapetenindustrie. In Hannover tagte der Verband deutscher Tapetenfabrikanten gleichzeitig mit dem Hauptverein deutscher Tapetenhändler. Es wurde festgestellt, daß 100 Kg. weißes Tapetenpapier Anfang Januar noch 320 Mark, am 21. Januar aber bereits 540 Mark gekostet hätten. Der Vorsitzende des Verbandes, Fabrikant Emil Zilling, Leipzig, erklärte: „Es liegen seit Wochen so viele Auslandsaufträge vor, daß jede Tapetenfabrik in der Lage wäre, einzig und allein nur für das Ausland zu arbeiten." Trotzdem habe man im Interesse der deutschen Händler die meisten Aufträge für das Ausland abgewiesen. Bei den täglich steigenden Preisen für Rohmaterialien werde in Kürze eine abermalige Erhöhung der Tapetenpreise stattfinden. Es wurde auf die Wiederverkaufspreise ein Aufschlag von 33⅓ Prozent beschlossen. — Nach einem Vertrage des Geheimen Kommerzienrats G. Ivee, Hamburg, über die „Errichtung eines Tapetenmuseums in Hamburg" wurde ein „Verein Tapeten-Museum" ins Leben gerufen, der das Unternehmen finanzieren soll. Die Zahl der für das Museum bereits eingegangenen Blätter wird auf 15 000 Stück geschätzt.

Deutsche Wollversteigerungen. Im Rahmen der landwirtschaftlichen Woche sprach vor den Mitgliedern der Tierzuchtabteilung Tierzuchtdirektor Dr. Wilsdorf-Berlin über die Verwertung der deutschen Rohwolle. Er führte aus, daß die Textilindustrie nach reiflichem Ueberlegen durch ihren Wirtschaftsausschuß habe erklären lassen, daß sie es am liebsten sehen würde, wenn die gesamte deutsche Wolle alljährlich in größeren Versteigerungen angeboten würde. Die Gründe, welche die Textilindustrie hierzu veranlaßten, sind darin zu suchen, daß die sehr komplizierte und spezialisierte Webwarenfabrikation bei großen regelmäßigen Versteigerungen die Möglichkeit besitzt, größere Mengen gleichwertiger Ware zu erwerben. Das deutsche jährliche Wollgefälle beträgt etwa 500 000 Zentner. Es besteht begründete Aussicht, daß schon im nächsten Jahre die Hälfte davon auf Versteigerungen verkauft wird. Die guten Eigenschaften der deutschen Wolle seien anerkannt und geben ihr eine Vorzugsstellung und einen Vorzugspreis gegenüber den Ueberseewollen.

Ein neues Farbstoffmittel der Hirsch Kupfer-Werke. Wie wir erfahren, ist die chemische Abteilung der Hirsch Kupfer- und Messingwerke in Eberswalde zurzeit mit der Herstellung eines Farbstoffmittels Chloralaun nach einem schwedischen Verfahren aus inländischen Hilfsstoffen beschäftigt. Die Produktion beträgt zurzeit 500 To., wird aber, da Rohstoffe in unbeschränktem Maße zur Verfügung stehen, bedeutend weiter ausgedehnt werden. Der Erlös, der gegenwärtig mit 30 000 Mark pro Tonne ausgewiesen wird, ist also trotz verschiedener Abgaben bedeutend.

Wiederaufnahme des Ueberseeverkehrs für eigene Rechnung. Die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrts-Gesellschaft hat den ersten Dampfer für eigene Rechnung in die transatlantische Fahrt eingestellt. Es ist dies der schwedische Dampfer „Faxen", der mit Ladung und einigen Passagieren nach dem La Plata fährt.

Berliner Börse

vom 20. Februar 1920

(Telegramm.)

Deutsche Werte:	
4½% Dtsch. Schatzsch VI—IX	74,75
5% Dtsch. Reichsanl.	79,00
4% "	67,50
3½% "	63,00
3% "	67,50
4% Preuß. Konsols	77,00
3½% "	67,25
3% "	62,00
4% Charl. Stadtanl. 89/99	—
4% Magdb. Stadtanl. 91/06	—
4% Sächs. Neulandsch Pfdbf.	—
4% Preuß. Centr. Bod. Pfdbf.	—
4% Preuß. Hyp Bk. Pfdbf. 1911	106,00
4½% Dess. Gas Oblig	—
4% Dessauer Gas Obl.	103,50
Ausländ. Werte:	
4% Oesterr. Kronenrente	36,75
4% Ungar. Goldrente	78,00
4% Ungar. Kronenrente	44,90
Eisenbahn-Aktien:	
Halberst.-Blankenb.	119,00
Halle-Hettstedter	109,00
Schantungbahn	615,00
Allg. Lokal-Str.	168,75
Gr. Berl. Str.	148,00
Magdeburger Str.-B.	—
Prinz-Heinrich-B.	300,00
Orientbahn	360,00
Schiffahrts-Aktien:	
Hambg. Paketfahrt	147,00
Hambg. Südamerika	286,00
Hansa-Dampfschiff.	39 ,00
Nordd. Lloyd	167,50
Bank-Aktien:	
Bank f. Thür	—
Berl. Handelsges.	232,00
Commerz-Diskontobank	179,50
Darmstädter Bank	156,00
Dessauische Landesbank	—
Deutsche Bank	128,00
Diskonto-Comm.	260,00
Dresdner Bank	202,50
Leipzig. Credit-Anst.	—
Mitteld. Kreditbank	156,25
Mitteld. Privatbank	—
Nationalbank	160,00
Oesterr. Kredit	124,00
Reichsbank	148,84
Industrie-Aktien:	
Schultheiss-Brauerei	320,00
Akt. f. Anilin	422,00
Allgem. Elektr. Ges.	421,00
Ammendorfer Papierfabrik	—
Anhalter Kohlenw.	350,00
Annaberger Steingut	374,00
Badische Anilin	590,00
Bergmann Elekt. Akt.	324,75
Berl. Masch.-Bau	375,00
Bismarckhütte	417,00
Bochumer Gußstahl	400,00
Chem.-Fabr. Buckau	—

Chem. Griesheim	—
Chem. Heyden	478,00
Consolidation Schalk	525,00
Cröllwitzer Papierfbk	—
Daimler Motoren	470,00
Deutsche Luxemburg	340,00
Deutsche Uebersee-Elektr.	990,00
Deutsche Erdöl	750,50
Deutsche Gasglühl.	5100,00
Deutsche Kali	—
Deutsche Waffen und Mun.	426,00
Donnersmarckhütte	410,00
Döring & Lehrmann	200,00
Dürrkoppwerk	—
Engelhardt-Brauerei	282,00
Elberfelder Farben	514,00
Felten & Guillaume	—
Gasmotoren Deutz	304,75
Gebhard & Co.	457,00
Gebhard & König	345,00
Gelsenkirchen Berg.	384,00
Glauziger-Zuckerfbk	524,75
Hallesche Maschfbk.	—
Hann Masch.	660,00
Harpener Berg	—
Hasper Eisen	405,00
Hirsch Kupfer	—
Höchster Farbwerke	450,00
Hoesch Eisen u. Stahl	—
Hohenlohe Werke	800,00
Humboldt Masch.	—
Ilse Bergbau	—
Kahla Porzellan	—
Kaliw. Aschersleben	—
Körbisd. Zucker-Akt	—
Kyffhäuserhütte	—
Lahmeyer & Co.	293,00
Lauchhammer	290,00
Laurahütte	364,00
Linke & Hofmann	—
Ludwig Loewe & Co	415,00
Lothringer Hütte	360,00
Mannesmannröhren	—
Masch.-Fabr. Buckau	—
Oberschl. Eisenb.-Bd	302,50
do Caro Heg	[illegible]
do Kokswerke	—
Orenstein & Koppel	347,75
Phönix Berg	581,00
Rhein Metall-Vorz.	—
Rhein. Stahlwaren	375,00
Riebeck Montan	420,00
Rombacher Hütten	—
Rositzer Braunk.	394,75
Rositzer Zucker	—
Sangerhäuser Masch.	—
Hugo Schneider A.-G.	380,00
Schuckert & Co.	269,84
Siemens & Halske	—
Stettiner Cham.	394,00
Stettiner Vulkan	359,00
Stollberger Zinkh.	330,25
Strals. Spielkarten	330,00
Thale-Eisenhütte	[illegible]
Triptis Porzellan	—
Türk Tabakregie	1405,00
Ver. Köln-Rottweiler	—
Ver. Glanzstoff	1505,00
Wegelin & Hübner	—
Werschen-Weißenfelser Braunk.	—
Westeregeln Alkali	590,00
Wittener Gußstahl	530,00
Wrede Mälzerei	—
Zeitzer Masch.	519,00
Zellstoff Waldhof	—
Otavi-Minen	762,00

Tendenz: fest.

Leipziger Börse.

Leipzig, den 20. Februar 1920.

Hallesche Zucker-Raffinerie	355,00
Leipziger Malzfabrik, Schkeuditz	126,50
Landwirtsch. Masch. Zimmermann Halle	250,00
Mansfelder Gewerkschaft	6200,00
Portland, Zementfabrik Halle	—
Prehlitzer Braunkohlen	—
Priorit.	—
"	—

Verantwortlich für den politischen Teil: Carl Helms; für den örtlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gericht, Handel: Eugen Brinkmann; für Feuilleton und Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; für Vermischtes, Sport usw.: Dr. Karl Bär; für den Anzeigenteil: Otto Bieler. Verlag: Saale-Zeitung, G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200221018/fragment/page=0004